

Planungsausschuss zieht Schutz gegen Hochwasser vor

MZ 04.12.2013

BESCHLUSS Gallingkofen und der Untere Wöhrd bekommen höhere Prioritäten. Der Freistaat übernimmt nach derzeitigem Planungsstand die Hälfte der Kosten.

VON HEIKE HAALA, MZ

REGENSBURG. Einstimmig beschloss der Ausschuss für Stadtplanung, Verkehr, Umwelt- und Wohnungsfragen am Dienstagabend, dass die Stadtverwaltung beim Freistaat Bayern die Planungen für den Hochwasserschutz an den Abschnitten in Gallingkofen und am Unteren Wöhrd beantragen soll. Mit diesem Beschluss rücken diese Abschnitte auch in der Prioritätenliste für die Umsetzung des Hochwasserschutzes für die 18 Bauabschnitte in Regensburg auf. Ihre Planungen können nun im Frühjahr starten.

Gallingkofen sei laut Beschlussvorlage neben dem Abschnitt in Sallern der einzige Bereich innerhalb des Stadtgebietes, der nicht mit mobilen Katastrophenschutzelementen vor einem 20-jährlichen Hochwasser geschützt werden konnte. Zudem könnten an dieser Stelle die Planungen für die Abschnitte in Steinweg und Sallern beidseits des Regens konsequent fortgeführt und zum Abschluss gebracht werden. Nicht zuletzt verweist die Vorlage auf das klare Bürgervotum vom 22. Oktober für die Umsetzung des Abschnittes und die Planung für einen Vollschutz.

Vollschutz auch am Unteren Wöhrd

Der Untere Wöhrd konnte im Juni auch mit den mobilen Katastrophenschutz-

elementen nicht geschützt werden. Auch hier forderten die Anwohner nach dem Junihochwasser, dass mit den Planungen für den Vollschutz begonnen werden sollte.

Der Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger erklärte während der Sitzung am Dienstag, dass sich durch das Junihochwasser veränderte Rahmenbedingungen ergeben hätten. Der Freistaat würde den Hochwasserschutz inzwischen mit mehr Geld bezuschussen. Das „Aktionsprogramm 2020plus“ stellte die Weichen für eine schnellere Umsetzung von staatlichen Schutzmaßnahmen, insbesondere derer, die bisher in keiner vorderen Priorität eingestuft, aber beim Junihochwasser 2013 besonders betroffen waren, heißt es in der Beschlussvorlage.

16,5 Millionen für den Schutz

Der Tagesordnungspunkt löste wenig Diskussionsbedarf bei den Ausschussmitgliedern aus. Irmgard Freihoffer (Die Linke) monierte, dass den Betroffenen Sicherheit vorgegaukelt werde, die der Hochwasserschutz eventuell nicht leisten könnte. Zudem würde sich durch eine höhere Mauer die Situation für die Donauanwohner flussabwärts verschärfen, weswegen sie sich mehrfach für Retentionsflächen aussprach. Letzten Endes stimmte aber auch sie dem Antrag zu.

Laut Beschlussvorlage könnten die beiden Abschnitte zusammen 16,5 Millionen Euro kosten. Die Hälfte werde der Freistaat Bayern und die andere die Stadt Regensburg tragen. Sind die Bauentwürfe fertig, werden sie – nachdem sie der Ausschuss für Stadtplanung, Verkehr, Umwelt- und Wohnungsfragen zu Kenntnis genommen hat – der Öffentlichkeit vorgestellt.

SPIELLEITPLANUNG

► **Die Stadtverwaltung** bringt eine Spielleitplanung für Kinder, Jugendliche und Familien auf den Weg. Am Dienstagabend stimmte der Planungsausschuss ohne Gegenstimme für eine entsprechende Vorlage. Diese steht am Donnerstag im Verwaltungsausschuss auf der Tagesordnung und eine Woche später im Stadtrat.

► **Die Beschlussvorlage** sieht etwa vor, dass sich die Stadt dazu verpflichtet, mindestens 1,5 Quadratmeter öffentliche Nettospielfläche pro Einwohner bereitzustellen. In Neubauquartieren müssen die Spielflächen neu geschaffen werden (MZ-Bericht folgt). (la)



Das Junihochwasser

Foto: Waller